Bezugspreis: Halbmonatlich in Neuenbürg 70 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 75 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Inf.-Steuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 Mk. Reklame-Zeile 50 Goldpfennig.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 84. | Neuenbürg, Dienstag, den 8. April 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

Zum Rücktritt der württ. Regierung.

Stuttgart, 7. April. Das „Deutsche Volksblatt", das Organ der Zentrumspartei, sucht die Haltung seiner Fraktion bei der Abstimmung des Zentrumsantrags zu rechtfertigen. „Ein sachlicher Grund zum Rücktritt Dr. Liebers und Dr. Schalls lag nicht vor. Der Rücktritt hätte rechtlich erst dann erfolgen müssen, wenn der Landtag die (Oberamtsabbau-)Verordnung, wie es die Bürgerpartei verlangte, glatt aufgehoben hätte. Das ist aber nicht der Fall. Da es die demokratischen Minister mit der Rücktrittserklärung sehr eilig gehabt hätten, so blieb auch den beiden Zentrumsmitgliedern kein anderer Weg, als gleichzeitig ihre Aemter niederzulegen, um für die Neubildung der Regierung freie Bahn zu schaffen. Das Blatt wehrt sich sodann gegen den auch von der Deutschen Volkspartei erhobenen Vorwurf, daß die Zentrumspartei allein die Schuld an der Regierungskrisis zu tragen habe. Das Zentrum habe von Anfang an eine unzweideutige Haltung eingenommen, während es der Deutschen Volkspartei an zielklarer Haltung gefehlt habe. Das Zentrum habe die Entscheidung über das Schicksal der Oberämter dem neu zu wählenden Landtag überlassen wollen. „Wenn die Regierung und insbesondere die demokratischen Minister diesem berechtigten Verlangen der größten Regierungspartei nicht Rechnung tragen wollten, so muß man annehmen, daß sie die Gelegenheit, „in Schönheit zu sterben", förmlich suchten."

Nach der Schwäbischen Tagwacht ist die Regierung an der Wahldemagogie der äußersten Rechten, von der sich das immer mehr nach rechts neigende Zentrum mitreißen ließ, gescheitert. Mit vollem Recht erblickte Lieber in der Annahme des Zentrumsantrags ein Mißtrauensvotum. Der Rechten wie dem Zentrum ist die Situation, die mit dem Rücktritt der Regierung geschaffen ist, nicht sehr willkommen. Den Herrschaften ist es durchaus nicht wohl bei dem Gedanken, daß nun schon vor den Wahlen das Bild des schwarz-blauen Blocks in lebendiger Gestalt in die Erscheinung trete. Die allgemeinen Interessen der Steuerzahler sind kleinlichem Parteiegoismus geopfert worden.

Die Süddeutsche Arbeiterzeitung sagt, es genügte ein Sturm im Wasserglas, um dieser längst überfälligen Regierung noch vor ihrem natürlichen Ende den Garaus zu machen. Für das Proletariat besteht kein Anlaß zum Jubeln, denn es kommt nichts besseres nach. Wir prophezeien eine neue Lieber-Bolz-Regierung mit sozialdemokratischer Prokura. Der Kuhhandel hat schon begonnen.

Starkes Anwachsen der Völkischen und Kommunisten in Bayern.

München, 7. April. Die Wahlschlacht in Bayern für den neuen Landtag ist geschlagen. Wenn auch bis zur Stunde nur ein Bruchteil der Wahlergebnisse aus dem ganzen Lande vorliegt, so kann man doch als Charakteristikum folgendes feststellen: Starkes Anwachsen der Völkischen und der Kommunisten. So hat z. B. in München der Völkische Block mit 104 972 Stimmen die höchste Stimmenzahl erreicht. Weiter ist bezeichnend, daß auch die Kommunisten stark zugenommen haben. Die Kommunisten konnten in München 47 986 Stimmen auf sich vereinigen, während die vereinigte sozialistische Partei 51 489 Stimmen erzielte. Die Deutschnationalen haben in München 12 721 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 4155, die Nationalliberale Landespartei 2065, die Bayerische Volkspartei 59 636, der Deutsche Block, also die Demokraten, 7642, der Bauernbund 106, die Christlich-sozialen 2319, der Mittelstand 2853, während noch weitere Stimmen auf andere kleinere Gruppen entfielen. Insgesamt haben in München 600 876 Wähler Stimmen abgegeben von 408 722 Wahlberechtigten. Das Wahlergebnis in Augsburg brachte den Völkischen 16 864 Stimmen, den Vereinigten Sozialisten 17 618, den Kommunisten 8356, der Bayerischen Volkspartei 20 777, den Demokraten 3301 und den Deutschnationalen 4264. In Augsburg haben von 96 350 Wahlberechtigten 72 661 gültige Stimmen abgegeben.

Schon jetzt kann man sagen, daß für den Volksentscheid die weitaus überwiegende Mehrheit der Stimmen für Nein war. Wenn man sich aus den bis Montag vormittag vorliegenden Wahlergebnissen ein Bild vom neuen Landtag machen soll, so kann man sagen, daß die Bayerische Volkspartei, allerdings mit entsprechender Mandatsverminderung, wohl die größte Partei im Landtag bleiben wird, daß aber an zweiter Stelle höchstwahrscheinlich die Völkischen kommen werden, die also gleich mit ihrem ersten Eingreifen in den Wahlkampf einen großen Erfolg errungen hatten, den auch General Ludendorff noch am Wahlsonntagabend im Standquartier der Völkischen, im Bürgerbräukeller, entsprechend feierte. Bei dieser Feier haben die Völkischen erklärt, daß sie zunächst zwei Aufgaben sich im Landtag stellen werden: die Amnestie für die Verurteilten im Hitlerprozeß und die Aufhebung des Verbots der Völkischen. Die Bayerische Volkspartei wird auf dem Lande wohl ihre Stimmenzahl beibehalten haben, in den Städten aber hat sie ebenso wie die übrigen Parteien vor allem die Stimmen an die Völkischen verloren. Bemerkenswert ist, daß die Wahlschlacht in Bayern nach zwei Seiten einen großen Stimmenzuwachs gebracht hat, nämlich einmal auf der rechtsradikalen Seite bei den Völkischen und dann auf der linksradikalen Seite bei den Kommunisten. Eine genaue Kritik wird sich erst fällen lassen, wenn die Gesamtergebnisse vorliegen.

Völkische Regierung in Bayern?

Aus den Kreisen der Bayerischen Volkspartei verlautet bestimmt, daß die Partei voraussichtlich an der Bildung der neuen bayerischen Regierung, die auf Grund der gestrigen Landtagswahlen stattfinden muß, sich nicht beteiligen werde, so daß also der völkische Block gezwungen wäre, die Regierungsbildung seinerseits zu versuchen.

Dr. Jarres über Versailles und Reparationen.

Elberfeld, 7. April. In einer Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei sprach gestern der Reichsminister des Innern und Vizekanzler Dr. Jarres über die politische Lage. Der Minister befaßte sich eingehend mit der außenpolitischen Lage und erklärte, die letzte Ursache unserer furchtbaren Lage sei der Vertrag von Versailles und mehr noch als dieser Vertrag seine Auslegung und der Mißbrauch, der von gegnerischer Seite mit diesem Vertrage getrieben werde. An die Spitze jeder politischen Ausführung gehöre der Satz „Die Grundlage des Vertrages ist alt". **Die Behauptung, Deutschland trage die alleinige Schuld am Kriege, ist Lüge.** Allmählich würden auch die Augen eines jeden Deutschen darüber geöffnet werden, daß es sich um die schmählichste Lüge, die lügenhafteste Geschichtsfälschung handelt, die jemals in der Weltgeschichte zu verzeichnen war. Der Minister wandte sich dann den in den nächsten Tagen zu erwartenden Gutachten der Sachverständigen zu und betonte, es komme nicht allein darauf an, daß die deutsche Wirtschaft einheitlich geleitet und verwaltet werde, es komme in demselben Maße darauf an, daß auch die Hoheit des Reiches und der einzelnen Staaten wieder hergestellt werde wie früher. Staatshoheit und Wirtschaftsführung gehörten zusammen, eines ohne das andere könne nicht bestehen. Wir müßten eine unbeschränkte Verfügung über das besetzte Gebiet im Rahmen des Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens erhalten. Weiter höre man Gerüchte über eine Einschränkung der Besatzungskosten, die seit dem Waffenstillstand schon über fünf Milliarden Goldmark betragen. Die Kosten seien ungeheuerlich. **Die Behauptung, die Besatzungskosten könnten von Deutschland getragen werden, daneben auch noch die Kosten für die Wiederherstellungs- und Sachlieferungen, sei kein Zeichen gesunden Menschenverstandes.** Wenn all das weiter bezahlt werden müßte, wie könnte das deutsche Volk die Kosten aufbringen für das, was während des vierjährigen Moratoriums bezahlt werden müsse? Das deutsche Volk werde zu entscheiden haben, ob es die ihm zugedachten Zumutungen annehmen könne. Zum Schlusse besprach der Minister die aus dem Ablauf der Mirauxverträge bestehende Gefahr, ferner die Frage der Entlassung der Gefangenen und der Rückkehr der Ausgewiesenen und wandte sich dann inneren Fragen zu, wobei er die Währungsfrage und den Außenhandel besprach. Seine Ausführungen ernteten starken Beifall.

Der Reichskanzler gegen den Rechtsradikalismus.

Barmen, 6. April. Reichskanzler Dr. Marx sprach heute in einer öffentlichen Versammlung, die von der Zentrumspartei veranstaltet wurde und zu der etwa 500 Personen, darunter auch Angehörige anderer Parteien, erschienen waren. Er führte etwa folgendes aus: Die Reichsregierung sieht es als einen Erfolg ihrer Arbeit an, daß in den letzten Monaten in den inneren Verhältnissen Deutschlands eine gewisse Beruhigung Platz gegriffen hat. Auch außenpolitisch blieben wir vor schweren Erschütterungen verschont. Es scheint jedoch, als ob wir jetzt vor ernsten, für unser Volk entscheidenden Erlebnissen stehen. Die Gutachten der Sachverständigen werden in wenigen Tagen bekannt sein. In den nächsten Wochen dürfte auch die Entscheidung der Reparationskommission über die Sachverständigengutachten vorliegen. Die Regierung wird nach dem Bekanntwerden der Gutachten mit aller Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit prüfen, ob die darin niedergelegten Folgerungen und Urteile für das deutsche Volk tragbar und die errechneten Leistungen richtig bemessen und erträglich sind. Die trüben Erfahrungen der letzten Zeit werden wohl auch den kurzsichtigen deutschen Staatsbürgern die Augen darüber geöffnet haben, daß unser Handeln in erster Linie nach der Außenpolitik sich zu richten hat und dadurch bestimmt wird. Die Außenpolitik verläuft nahezu zweckmäßig, da wir mehr Objekt in der Politik fremder Mächte sind, als daß wir selbst in ihre Gestaltung einzugreifen hätten. Unseliges Verhängnis ist es, daß unsere Gegner immer und immer wieder das heilige nationale Feuer im deutschen Herzen auslöschen wollen. Sie erreichen dadurch nur, daß unverantwortliche Brandstifter böses Wesen mit dem deutschen Volke treiben. Gerade weil wir uns in tiefster Seele deutsch fühlen und nationale Gesinnung nicht nur auf den Lippen tragen, darum muß immer wieder betont werden, daß Politik nicht Sache des Herzens, sondern Sache ruhiger Ueberlegung und kalter Vernunft ist, und kühle Ueberlegung muß uns sagen, daß nach dem Verlust des Weltkrieges auch die durch den Friedensschluß uns auferlegten Lasten getragen werden müssen, soweit das in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit liegt. Diese Politik wird am Schärfsten von den Völkischen und den Deutschnationalen angegriffen. Man wirft uns Mangel an nationaler Gesinnung vor, weil wir auf Verständigung mit unseren übermächtigen Gegnern bedacht sind und jede Möglichkeit wahrnehmen, um die Verhandlungen über unsere Leistungen aus dem Friedensvertrag zu ermöglichen. Frankreich ist nun einmal zur Zeit die stärkste Militärmacht der Welt und es ist geradezu Wahnsinn, ein wehrloses Volk zum Widerstand gegen eine hundertfach überlegene Armee, ausgerüstet mit allen Kriegswerkzeugen, aufzustacheln. Es ist ein Verbrechen am Vaterlande, durch Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften Zwietracht in unser Volk hineinzutragen, wo uns allein einmütiges, entschlossenes Auftreten eine gewisse Stärke nach außen zu verleihen mag. Es würde den Zerfall des Reiches und die völlige Zerrüttung des deutschen Volkes zur Folge haben, wenn man dem wahnwitzigen Verlangen rechtsradikaler Kreise nachkommen wollte. — Es muß aber einmal mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß kaum etwas mehr den Bestrebungen nationalistischer Kreise Vorschub leistete, als daß unser nationales Empfinden häufig so stark von gegnerischer Seite verletzt wurde, insbesondere von Frankreich und Belgien. Wenn tatsächlich in Deutschland die nationalistische Welle stark angeschwollen ist und dann vielfach die Befürchtung gehegt wird, daß der kommende Reichstag durch Zunehmen der extremen Parteien nicht arbeitsfähig sein werde, so wird daran die hemmungslose Bedrückung Deutschlands durch Frankreich einen Großteil der Schuld tragen. Oder will man Deutschland in diesen Zustand hineintreiben? Manchmal könnte man es fast glauben, wenn in der französischen Presse jedes Wort, das den berechtigten nationalen Empfindungen des deutschen Volkes Rechnung trägt, zu nationalistischen Exzessen und zu reaktionärem Geschrei verdreht werden, ohne Achtung vor dem deutschen Nationalgefühl wird die internationale Atmosphäre nie entspannt und entgiftet werden. — Die Versammlung spendete den Ausführungen des Kanzlers äußerst lebhaften Beifall und schloß mit einem freudigen Hoch auf das deutsche Vaterland.

Reichsbahn und Reparationen.

Berlin, 6. April. Vor Mitgliedern der Handelskammern sprach Reichsminister Oeser über die Lage der Eisenbahn und erklärte: Wir decken jetzt unsere Ausgaben in vollem Umfange, während wir in der ersten Novemberhälfte noch einen Betriebskoeffizienten von 175 hatten. Dieser Erfolg ist erzielt worden auf Grund der scharfen Einschränkungen aller Bestellungen, eines starken Personalabbaus unter Herabsetzung der Bezüge des Gesamtpersonals, sowohl der Beamten, wie auch der Arbeiter. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß unter der Wirkung des Friedensvertrages und des Ruhreinbruchs sich die finanzielle Gebarung der Reichsbahn gegenüber 1913 um 485 Millionen jährlich verschlechterte. Auf die Reparationen übergehend, erklärt der Minister u. a.: Soll die Reichsbahn eine Garantie für bestimmte Leistungen übernehmen, dann ist die erste Forderung, daß sie die Verantwortung auch voll tragen kann und von jedem Zwang frei bleibt. Die zweite Kardinalforderung ist, daß wir keine Lösung annehmen, die nicht die Verwaltung der Rhein- und Ruhrbahnen wieder frei in unsere Hände legt. Ohne Rhein und Ruhr wird die deutsche Wirtschaft niemals reparationsfähig werden. Hier liegt der Kardinalpunkt der gesamten Lösung. Das ist auch bestätigt worden von den Sachverständigen. Ich habe keinen Sachverständigen der ganzen Welt kennen gelernt, auch nicht in Frankreich, auch nicht in Belgien, der die Regiebahn für eine gesunde Schöpfung hielte. Aus der Notwendigkeit, die Rhein- und Ruhrbahnen wieder mit der Reichsbahn zu vereinigen, ergibt sich, daß die Reichsbahn auch ihrerseits ein Moratorium braucht. Der Minister schloß: Der heutige Zustand der deutschen Reichsbahn ist an sich gesund; wenn die Reparationsfrage uns diese Gesundheit nicht wieder nimmt, können wir mit ruhigem Blick in die Zukunft sehen. Die deutsche Reichsbahn weiß auch, daß bei der Reparationsfrage sie mitzuwirken berufen ist. Sie wird es auf sich nehmen, soweit es möglich ist, und im guten Willen durchführen in der Ueberzeugung, daß dieser beste und wertvollste deutsche Besitz dem deutschen Volk noch mehr am Herzen liegen wird, wenn er dazu beiträgt, ihm die Freiheit und Unabhängigkeit wieder zu erwerben.

Ausland.

Paris, 6. April. Havas veröffentlicht folgende offiziöse Erklärung: Die Ansicht der französischen Regierung über die Behandlung der deutschen Antwortnote wurde gestern in der Botschafterkonferenz von den französischen Delegierten mitgeteilt. Die Konferenz hält es für opportun, keine Mitteilungen über den zu erfolgenden Meinungsaustausch zu machen, bevor die alliierten Regierungen Kenntnis hiervon genommen hätten. Die Kommentare gewisser Blätter, die über die Sitzung erschienen seien, könnten also nur als persönliche Ansicht ihrer Verfasser betrachtet werden. — In einer dieser Note angefügten Erklärung weist Havas daraufhin, daß sich diese halbamtliche Feststellung gegen ein Abendblatt (Temps) richtet, der gestern abend verlangte, daß ein vom Völkerbund eingesetzter Ausschuß den augenblicklichen Stand der deutschen Bewaffnung feststellen soll.

Schrittmacher für Poincare.

Paris, 6. April. Mehrere Minister des Kabinetts Poincares haben den Sonntag dazu benutzt, um in ihren Wahlkreisen die Richtlinien der Regierung zu verkünden. Es ist charakteristisch, daß die Wähler mit außenpolitischen Richtlinien des früheren Kabinetts Poincares vertraut gemacht werden. Es wird ihnen versichert, daß die Ruhrbesetzung Deutschlands Unterwerfung zur Folge habe. Der Mirauxvertrag wird als der größte Triumph geschildert. Ueber die Sachverständigenbeschlüsse wird gesagt, daß sie nur dann angenommen würden, wenn die gebotenen Garantien den jetzigen gleichwertig seien. Ein Mitglied des Kabinetts Poincare erklärte, die künftige Kammer werde in den nächsten vier Jahren vor schwierigen Entschlüssen stehen. Von ihr werde es abhängen, ob sich Deutschland endlich fügen oder ob es in offenen Aufstand gegen den Vertrag treten wird. Von der Entschlossenheit der zu wählenden Kammer wird Frankreichs Schicksal abhängig sein. Die aus dem besetzten Gebiet kommenden Berichte über verhaftete nationalistische Rädelsführer, Beschlagnahme von Dokumenten usw. werden in der Provinz mit der größten Intensität verbreitet. Die Behauptung, daß die Reichswehr zu den Nationalisten im Rheinland Beziehungen unterhalte, wird ohne Angabe von Beweisen aufgestellt. Gegenüber der Wahlpropaganda des bloc national tritt die Tätigkeit des linken Blocks nicht stark in Erscheinung. Die Opposition will noch die Veröffentlichung der Sachverständigenvorschläge abwarten, bevor sie in der Reparationspolitik Poincare vor den Wählern den Prozeß macht. In dieser Woche wird sich die Kammer noch mit der Aufhebung verschiedener Wahlkreisdekrete beschäftigen.

Erpresser-Pläne Le Trocquers.

London, 6. April. Der Korrespondent des „Daily Herald" drahtet seinem Blatte, Le Trocquer habe einen Plan mitgebracht, der folgenden Inhalt habe: Sollten die Ruhrindustriellen die Erneuerung der Mirauxverträge ablehnen, so wird

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Frankreich die Bergwerke besetzen und ausbeuten. Sollten die Besitzer oder Verwalter Widerstand leisten, werden sie verhaftet, vor ein Kriegsgericht gestellt und verurteilt. Die Arbeiter und ihre Vertreter sollen je nach ihrer Haltung versöhnt oder gezwungen werden. Zeigen die Arbeiter guten Willen, so soll ein Bergwerk nach dem anderen unter Staatskontrolle oder französische Regie kommen. Zeigen sich die Arbeiter dagegen unwillig, so wird die Regierung die Besatzung verstärken, die Bergwerke und Hochöfen werden geschlossen und die Arbeiter aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Konservative Warnungen an Macdonald.

London, 7. April. Der „Observer" veröffentlicht einen Artikel, in welchem er die Arbeiterregierung warnt, in der Frage der Ruhrbesetzung als einer Verletzung des Versailler Vertrags irgendwelche Zugeständnisse an Frankreich zu machen. Das Blatt betont, daß die Ruhrbesetzung von den englischen Kronberichten als unvereinbar mit dem Vertrage beurteilt worden sei. Das sei auch heute noch der Standpunkt aller englischen Staatsmänner. Frankreich dürfe an die Räumung der Ruhr keine Bedingungen knüpfen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 7. April. Schnittlauch kann man vom Frühjahr bis zum Herbst pflanzen. Man pflanzt ihn aber nicht in zu schweren, festen Boden und halte womöglich allen frischen Dünger von den Wurzeln fern. Man wähle für den Schnittlauch im Garten eine Lage, wo er während der Sommermonate nicht den Strahlen der heißen Mittagssonne ausgesetzt ist. Ein ausgezeichnetes Mittel, ihn zu üppigem Wachstum zu bringen, ist das Ueberspritzen mit Ofenruß bei Regenwetter; in Ermangelung von Ruß leistet auch Kaffeesatz gute Dienste. Noch wirksamer ist das Begießen mit Brühe, die von Sauerkraut geschöpft ist; jedoch muß sie vor der Anwendung mit Wasser verdünnt werden. Auch Seifenwasser wirkt günstig auf das Wachstum. Den Schnittlauch kann man auch leicht in Töpfen ziehen; will man den ganzen Sommer frischen, zarten Schnittlauch haben, so schneidet man ihn dicht über der Erde ab, sobald er fingerhoch geworden ist, bedecke ihn leicht mit guter Erde und bestreue ihn fleißig mit Kompost.

Neuenbürg, 7. April. Hat man bei Neuanlage eines Gartens mit Humusbodenarmut zu rechnen, so entnehme man den nötigen Humus dem daran so reichen Waldboden. In kleinerem Maßstabe übertrage man ihn direkt auf den daran armen Boden. Wo es sich aber um größere Bereicherungen dreht, nehme man die Kompostierung zu Hilfe. Man mische den Waldhumus mit Kalk und humusarmem Boden. So kommt man noch am besten zum Ziel, größere humusarme Flächen zu bereichern.

Neuenbürg, 7. April. Versehentlich wurde die 49. Fortsetzung des laufenden Romans vor der 48. zum Abdruck gebracht; wir bitten dies zu berücksichtigen.

Feldrennach, 5. April. Heute nachmittag wurde unser getreuer Kirchen- und Waldpfleger, August Großmann, unter Teilnahme eines außerordentlich großen Trauergefolges aus nah und fern zu Grabe getragen. Der brave, umsichtige, bescheidene und überaus fleißige Bürger, Familienvater und Beamte, ist einem heimtückischen, langjährigen Leiden im besten Alter von 42 Jahren leider viel zu bald erlegen. An seinem Grabe kamen die berechtigten Gefühle der ganzen Gemeinde über die Hochachtung und Dankesschuld dem Verstorbenen gegenüber durch den Geistlichen, Ortsvorsteher, Anwalt Gauß-Pfinzweiler und durch Albert Merkle für den Gesangverein „Liederkranz" je unter Widmung von Kränzen treffend zum Ausdruck. Unser August Großmann möge im wohlverdienten Frieden ruhen!

Württemberg.

Calw, 7. April. (Todesfall.) Im Alter von 61 Jahren starb am Samstag nach kurzer, schwerer Krankheit Oberamtspfleger Hans Fechter. Der Verstorbene war ein unermüdlich tätiger Mann in seinem Berufe, von echt deutscher Gesinnung, 26 Jahre war er Vereinssekretär und stellvertretender Vorstand im Landw. Bezirksverein.

Stuttgart, 7. April. (Scheckschwindel.) Am Schalter einer hiesigen Bank übergab ein Kaufmann Oppenheim Gerard einen Scheck über 3000 Mark auf die Bankfirma Emil Haab u. Co. in München. Da die Münchener Firma auf Telephonanruf Deckung des Schecks zusicherte, wurden die 3000 Mark ausbezahlt, ebenso tags darauf weitere 8000 Mark. Die Direktion der hiesigen Bank traute aber schließlich der Sache nicht und ließ Oppenheim verhaften, der noch 3000 Mark besaß und eingestand, im Einverständnis mit dem Bankier Haab gehandelt zu haben, um diesem Geld zuzuführen. Haab selbst ging flüchtig. Oppenheim war aus der Haft entlassen worden, nachdem Haab zunächst die Einlösung der Schecks zugesichert hatte. Ueber die Firma Haab ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Die hiesige Bank hat einen erheblichen Schaden erlitten.

Tübingen, 7. April. (Die zärtliche Gattin.) Das hiesige Amtsgericht hat die Frau des Bauern Karl Heim in Waldorf und ihren Bruder Paul Heim wegen Mißhandlung und Freiheitsberaubung des Bauern zu 100 bzw. 80 Mark Geldstrafe verurteilt.

Sulz, 7. April. (Stadtschultheißenwahl.) Bei der gestrigen Wahl eines Stadtvorstands wurde Schultheiß Richard Weeg von Eltingen (Leonberg) zum Stadtschultheiß von Sulz gewählt. Er erhielt 690 Stimmen. Der einzige Gegenkandidat, der in Betracht kam, Obersekretär Schmid in Böblingen, brachte es auf 141 Stimmen. 7 Stimmen waren ungültig.

Ulm, 5. April. (Jubiläumsfeier und Denkmalsenthüllung des Grenadier-Regiments „König Karl" (5. württ.) Nr. 123.) Die Vorarbeiten für die am 17. und 18. Mai d. Js. in der alten Garnisonsstadt Ulm stattfindende 125jährige Gründungsfeier dieses Regiments sind in vollem Gange und das Interesse hierfür ist im ganzen Lande sehr groß, so daß schon heute mit einer imposanten Veranstaltung unter zahlreicher Beteiligung der alten Königsgrenadiere gerechnet werden kann. Es ist aber auch eine Ehrenpflicht eines jeden alten Ulmer Grenadiers, an dieser Feier, in deren Mittelpunkt am Sonntag, den 18. Mai, die feierliche Enthüllung des in der ehem. Grenadierkaserne an der Karlstraße zurzeit im Bau befindlichen künstlerischen Ehrenmals für die über 3000 gefallenen Grenadiere steht, teilzunehmen. Von Angehörigen der Traditionskompagnie und der Polizeibereitschaft werden die Arbeiten am Ehrenmal in höchst anerkennens- und dankenswerter Weise auf das kräftigste unterstützt; das Denkmal wird in seiner künstlerischen Gestalt unter den prächtigen alten Kastanienbäumen einen schönen Platz finden.

Tettnang, 7. April. (Schwerer Radlerunfall.) In der abschüssigen Tobelstraße ragte ein mit Bauschutt beladener Wagen in die Straße herein. Während nachts zwei Radfahrer an dem Hindernis vorbeikamen, stürzte der dritte, der 21 Jahre alte Maurer Johann Bolz aus Kau, Gemeinde Meckenbeuren, so, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte hat das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt, so daß für sein Leben zu fürchten ist.

Wißgoldingen OA. Gmünd, 7. April. (Ein vierbeiniger Kaminfeger.) Eine sonderbare, aber wahre Geschichte ereignete sich hier. Eine allein stehende Frauensperson war eben im Begriff, Feuer in den Ofen zu machen, als sie plötzlich ein Geräusch im Kamin wahrnahm, das sich dann im Ofenrohr fortsetzte und unter Gepolter im Ofen herumfuhr. Starr vor Schrecken stand die Frau vor dem Ofen, der Dinge harrend, die da kommen sollten. Ist es der wahre Gottseibeiuns oder gar eine Hexe, die durchs Kamin geflogen kam? Aber siehe, zum offenstehenden Ofentürle springt ein Eichhörnchen heraus, welches anscheinend durchs Kamin gekommen war.

Vermischtes.

Rückgang im Körperwuchs der Jugend. Der Vorstand des Anthropologischen Instituts in München, Professor Dr. Martin, berichtete dieser Tage in der Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte über die Ergebnisse von Untersuchungen der Schulkinder auf ihre Körpermaße und ihr Gewicht. Es sind bisher rund 8000 Schulkinder im Alter von 6 bis 14 Jahren untersucht worden. Das sehr unerfreuliche Resultat ergab, daß der Nachwuchs der deutschen Jugend gegen früher infolge des Krieges und der Nachkriegszeit verkümmert ist. Aus Vergleichen mit Untersuchungen derselben Art in Amerika ist deutlich zu ersehen, daß die deutschen Kinder hinter den amerikanischen in Größe und Körpergewicht erheblich zurückgeblieben sind.

Ein Paradestücklein von Sankt Bürokratius können wir heute melden. Die weltberühmte Oberammergauer Holzschnitzschule ist samt Einrichtungen von der Gemeinde Oberammergau dem bayerischen Staat geschenkweise überlassen worden. Das bayerische Kultusministerium hat diese Spende dankbar entgegengenommen und ihre Bedeutung dadurch zum Ausdruck gebracht, daß diese Oberammergauer Fachschule zum ersten staatlichen Institut für kirchliche Kunst umgestaltet und ausgebaut werden soll. Für das Geschenk sind aber 5000 Mark an Steuern zu zahlen, die das Finanzministerium jetzt von der Gemeinde Oberammergau bezahlt haben will. Ganz abgesehen davon, daß ein Gebirgsdorf wie Oberammergau nicht 5000 Goldmark auf den Tisch des Staates legen kann, ist es seltsam, erst ein Geschenk anzunehmen und es ausbauen zu wollen und nachher dem Spender die Steuer aufzuerlegen. Der Bürgermeister von Oberammergau weilt jetzt in München, um in Besprechungen mit dem Finanz- und Kultusministerium diese leidige Angelegenheit aus der Welt zu schaffen.

430 Röhren mit Morphium beschlagnahmt. Diebesbeute aus früherem Heeresgut kommt hin und wieder immer noch zum Vorschein. Bei einem Arbeiter G. in der Werneuchener Straße in Berlin hielten Kriminalbeamte eine Haussuchung ab, weil er sich der Hehlerei verdächtig gemacht hat. Da erschien ein Kraftwagenführer, der ein Päckchen bei sich trug, um es dem Wohnungsinhaber zu übergeben. Es enthielt 430 Röhren mit Morphium, wie sie für ärztliche Zwecke hergestellt werden. Sie waren schon durch mehrere Hände gegangen. Der Wohnungsinhaber behauptet, sie von einem Unbekannten gekauft zu haben. Die Röhren wurden beschlagnahmt.

Ein Riesenerinnerungszeichen an der Yserfront. Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist der Plan entstanden, in Dixmuiden, zwischen der berüchtigten Fabrik und dem Todesschützengraben, ein riesiges Kreuzbild aufzurichten, das das gewesene Schlachtfeld ganz beherrschen soll. Der aus dem Schützengrabenkrieg bekannte walonische Franziskanermönch Pater Martial Lekeux, der zuerst als Artilleriebeobachter, dann als Kommandant einer Haubitzbatterie eine heldenhafte Rolle spielte und nach dem Krieg das bekannte Buch „Mes cloitres dans la tempete" schrieb, hat sich vorgenommen, in den meisten Städten Belgiens Predigten zu halten, bei denen durch gewesene Soldaten in den Kirchen Geldsammlungen veranstaltet werden sollen.

Amundsen beginnt seine Reise. Der Nordpolfahrer Amundsen ist in Rom eingetroffen. Er wird in den nächsten Tagen mit seinem Wasserflugzeug von Pisa aufsteigen. Der Flug geht über Zürich—Bergen—Tromsö nach Spitzbergen, von wo er dann zum Nordpolflug aufzusteigen gedenkt, um nach Alaska zu gelangen.

Der verräterische Duft. Ein allzu starkes Parfüm führte dieser Tage in Boulogne zur Entdeckung eines Diebes. Es waren im Hafen mehrere Flaschen kostbarer Rosenessenz gestohlen worden. Die Detektive, die nach dem Dieb fahndeten, erfuhren, daß einer der Dockarbeiter besonders stark parfümiert sei. Sie nahmen die Spur auf und entdeckten durch den Geruch unter einer ganzen Schar von Arbeitern einen Mann namens Edmond Baumann, der stark nach Rosen roch. Er mußte im Verhör eingestehen, daß er den Diebstahl begangen und daß dabei eine der Flaschen zerbrochen ist. Eine geringe Menge der Essenz, die auf seine Kleidung floß, duftete so stark, daß er sie durch kein Mittel wegbringen konnte.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 7. April. (Landesproduktenbörse.) Der Getreidemarkt verkehrt in lustloser Haltung. Geld- und Devisenmangel hemmt jede Kauflust. Die Preise sind unverändert. Es notierten je 100 Kilo Weizen 20—20,25, Sommergerste 21—21,5, Hafer 14,25 bis 14,75, Weizenmehl Nr. 0 29,25—30, Brotmehl 26,25—27, Kleie 10 bis 10,5, Wiesenheu 9,5—10, Kleeheu 10—11, drahtgepreßtes Stroh 6—6,5 Mark.

Schweinemärkte. Der Markt in Güglingen war mit 80 Milchschweinen und 16 Läufern beschickt. Verkauft wurden 70 Milchschweine, das Paar zu 28—44 Mark, 6 Läufer, das Paar zu 64—110 Mark. — Dem Markt in Balingen wurden 221 Stück zugeführt. Preis pro Stück 20—38 Mark. — In Giengen a. Br. betrug die Zufuhr 186 Stück, verkauft wurden 100 Stück. 1 Paar Saugschweine kosteten 22—50, Läufer 60—120 Mark. In Hall waren 420 Milch- und 5 Läuferschweine zugeführt. Verkauft wurden 380 Milchschweine von 20—40 Mark und 4 Läufer von 50—65 Mk. pro Stück.

Fruchtpreise. In Giengen a. Br. wurden folgende Durchschnittspreise pro Ztr. erzielt: Weizen 10,50, Gerste 10,60, Haber 7, Erbsen 14,30, Wicken 15, Linsen 20 Mark. — In Nagold wurde notiert der Ztr. Weizen 10,50—12, Roggen 10,50, Gerste 10—11, Hafer 7—9,30, Ackerbohnen 10,50, Erbsen 20 Mk. — In Tübingen kostete Dinkel 18, Haber 16—19, Weizen 21—24, Gerste 20—22 Mk. per 100 Kilo.

Neueste Nachrichten.

Ludwigshafen, 7. April. Die Gründung einer Zentrumspartei der Pfalz ist in einer Konferenz von pfälzischen Anhängern der Zentrumspartei nunmehr vollzogen worden, nachdem die Bayerische Volkspartei den Reichstagsabgeordneten Hofmann-Ludwigshafen, der nach dem Anschluß der Zentrumspartei der Pfalz an die Bayerische Volkspartei nach den Wahlen von 1920 in der Zentrumsfraktion des Reichstags geblieben ist, als Kandidaten abgelehnt und erklärt hat, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Essingen bei Landau, 7. April. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist der Bürgermeister Bierle, der früher Separatistenführer war, von dem Stationsgendarmeriewachtmeister Beutner erschossen worden. Der Bürgermeister hatte sich nach Schluß der Polizeistunde noch mit einigen Leuten in einer Wirtschaft aufgehalten. Als der Wachtmeister Feierabend gebot, entstand ein Streit, in dessen Verlauf der Wachtmeister den Revolver zog. Beutner ist vorläufig in Untersuchungshaft genommen.

Mainz, 7. April. Der Kriminalbeamte Franz Berthold, der lange vor der Besetzung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Auftrage der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums tätig war, wurde nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren aus dem besetzten Gebiet abgeschoben. Die Verurteilung Bertholds, die im Dezember 1922 erfolgte, erregte seinerzeit großes Aufsehen.

Köln, 7. April. Bei der gestrigen Radfahrt rund um Bonn

Der Kampf im Spessart.

Erzählung von Levin Schücking

Wilderich hätte ihm nachrufen mögen: „Halt, warten Sie, ich habe einen Preis, um den Sie abstehen werden von diesem entsetzlichen Verfahren wider zwei Unschuldige"; aber ebenso rasch fuhr ihm der Gedanke durchs Hirn, daß der französische Gewalthaber alsdann ihm einfach seine Briefe werde nehmen wollen, wie er den Brief des Erzherzogs genommen, ohne dafür das geringste Zugeständnis zu machen; und dann, wie könnte Wilderich von diesen Briefen in Gegenwart des Schultheißen reden, sie zeigen; wer war die Frau, die sie an den General geschrieben? War es nicht das eigene Weib des Schultheißen? Sollte er dem alten gebrochenen Manne die Schmach antun? Und wenn er es tat, wenn er diese verbrecherische Liebe dem Manne des treulosen Weibes verriet, war ihm dann nicht gerade deshalb die schonungsloseste Rache des Generals gewiß?

Diese Gedanken durchzuckten ihn; er hatte sie noch nicht ausgedacht, als der General längst verschwunden war.

„Mein Gott," sagte der Schultheiß, sich an der nächsten Stuhllehne aufrecht erhaltend, mit kreidebleichen Lippen, „unseliger Mensch, welches Schicksal bringen Sie über mich! Wie um Himmels willen —"

„Mehren Sie meine Verzweiflung nicht noch," rief Wilderich im furchtbarsten Schmerze aus. „Ich gäbe jeden Tropfen meines Blutes dafür, könnte ich wieder gutmachen, was ich verbrochen an Ihnen — dies Entsetzliche; aber Sie sind ja unschuldig, was kann Ihnen geschehen, deshalb, weil ein von Gott und seinem Verstande verlassener Mensch Ihnen einen Brief bringt?"

„Was mir geschehen kann, das fragen Sie, nachdem Sie selbst es gehört, das Wort Kriegsgericht — und wissen Sie nicht, daß in einer Stadt, wo der Belagerungszustand erklärt ist, in Tagen, wie diese sind, bei einer Armee, die auf der Flucht ist und die sich um ihr Dasein schlägt, das Wort gleichbedeutend ist mit Tod?"

Wilderich schlug verzweifelt die Hände vors Gesicht.

„Sprechen Sie, was wollen Sie, was treibt Sie, so zu handeln? Was hat den Erzherzog getrieben mir einen solchen Brief zu schreiben, einen Brief, der mir Handlungen zumutet wider den Machthaber, der augenblicklich hier die Gewalt hat?"

„Ich, ich allein," rief Wilderich aus. „Ich drängte ihn zu dem Briefe. Ich liebe Benedicte, ich wollte ihr Beschützer sein, ich wollte sie retten, nun bringe ich Ihnen den Tod durch meine Leidenschaft —"

„Sie lieben meine Tochter?" rief der Schultheiß mit einem unbeschreiblichen Ton von Erstaunen und Entrüstung zugleich aus.

„Sie ist also in der Tat Ihre Tochter?"

„Sie sagen, Sie lieben sie, und wissen nicht, wer sie ist?"

„Nein, und dennoch liebe ich sie, innig und tief und ehrlich, wie ein deutscher Mann je geliebt hat. Ich wußte sie bedroht, dem gehässigsten Verdacht, den Peinigungen durch ein ihr feindseliges Weib ausgesetzt, ich zitterte für ihre Freiheit, ihr Leben, ich wagte alles, um ihr Hilfe zu bringen."

„Sie sehen, welche Hilfe Sie gebracht haben," fiel der Schultheiß bitter ein, während ein paar Tränen über seine bleichen alten Wangen zu rollen begannen.

„Sie sind ein unvernünftiger, hirnloser Mensch, der das Verderben über mich gebracht hat" fuhr er dann fort; „aber ich sehe, Sie fühlen es, wie ruchlos Sie handelten. Sie sind nicht schlecht, Sie verdienen jedenfalls den Tod nicht, der Sie erwartet, sicherer, unabwendbarer als mich. Retten Sie sich, Sie müssen Ihr Heil in der Flucht suchen, fliehen Sie, bevor man kommt, Sie in den Kerker zu führen."

„Fliehen? Wohin?"

„Das Haus unten ist voll Soldaten; aber vielleicht gibt es einen Weg über die Speicher, auf die Dächer der nächsten Häuser — was weiß ich! Kommen Sie, kommen Sie!"

„Wenn Sie mich fliehen lassen, verdoppeln Sie den Schein Ihrer Schuld, Ihre Lage wird zehnfach ärger — ich bleibe!"

„Nein, nein," rief der Schultheiß, was sollen zwei Menschen sterben, wenn dies bittre Los einem wenigstens abgenommen werden kann? Ich bin ein alter Mann, ich bin zur Flucht zu alt, zu ungeschickt, Sie werden sich retten können, vor Ihnen liegt noch ein langes Leben — folgen Sie mir —"

„Lassen Sie mich, lassen Sie mich hier, damit ich die Menschen, die Sie richten wollen, überzeugen kann —"

„Sie werden sie nicht überzeugen können. Man würde uns beide zum Tode führen, ohne auf Sie zu hören."

„Und doch —"

„Kommen Sie, ich will's," rief der alte Mann hastig aus und schritt auf die Tür des Nebenzimmers zu.

Wilderich folgte ihm. Es war das Schlafgemach des Schultheißen, das sie betraten. Dieser öffnete im Hintergrunde eine zweite Tür, die in einen ganz schmalen, dunklen Gang leitete, an dessen Ende sich wieder eine Tür zeigte.

„Der Schultheiß pochte an dieselbe und rief flüsternd: „Mach' auf, mach' augenblicklich auf, Benedicte!"

Wilderich erbebte bei diesem Namen. Sie — sie war's, die er sehen sollte — sehen sollte, um nur einen Blick mit ihr zu wechseln, ein Wort, um dann weiter zu fliehen und nie wieder vielleicht nur ihren Namen nennen zu hören? Nein, das war nicht möglich! Wie ein Blitz durchfuhr es ihn; hier lag vielleicht die Rettung, bei ihr, die Rettung für den Vater Benedictens wie für ihn. Sein Entschluß stand fest.

Die kleine Tür bewegte sich, ein Riegel wurde im Innern fortgeschoben, sie öffnete sich, Benedicte stand auf der Schwelle.

Aus dem kleinen Zimmer, aus welchem sie getreten, fiel das Licht der Dämmerung, die draußen begonnen, auf die Ge- [illegible] und Wilderichs.

(Fortsetzung folgt.)

gen es bei Hersel zu einem schweren Unfall. Ein Auto fuhr in rasender Fahrt in die Fahrer hinein, wobei 5 von ihnen schwer verletzt wurden. Nach dem „Kölner Tageblatt" trifft die Schuld den Autoführer. Unter den Verletzten befinden sich Nobles und Nebe aus Leipzig.

Weimar, 7. April. Die „Weimarische Zeitung" meldet, der thüringische Finanzminister Stolze ist von seinem Posten zurückgetreten.

Dresden, 7. April. Sonntag abend kurz vor 7 Uhr stieß ein zu einer Notlandung niedergehendes Flugzeug der Aero-Werke Dresden in der Chaussee zwischen Leipzig—Wiederitzsch und Seehausen mit einem Flügel gegen einen Telegraphenmast und stürzte ab. Der Apparat war besetzt mit dem Piloten Hans Schöne und einem Ehepaar Papst aus Leipzig. Alle drei stürzten aus dem sich überschlagenden Flugzeug heraus und erlitten schwere Verletzungen. Der Ehemann Papst starb alsbald.

Leipzig, 7. April. In der letzten Nacht rannte ein mit vier Personen besetztes Automobil in der Nähe von Wurzen gegen eine Mauer und wurde vollständig zertrümmert. Ein Leipziger Gastwirt erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Die andern drei Insassen wurden schwer verletzt in das Wurzener Krankenhaus geschafft.

Berlin, 8. April. Die in der Abendausgabe des „B. L.-A." vom 3. April, Nr. 161, enthaltene Mitteilung, daß der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Einfuhr von kondensierter Milch verboten habe, ist irrig. Die Einfuhr von kondensierter Milch und Milcherzeugnissen, insbesondere von Kondensmilch, ist nach wie vor frei. Gesperrt ist lediglich die Einfuhr von Rahm. — Die am 31. Mai ablaufende Gültigkeitsdauer des deutsch-portugiesischen vorläufigen Handelsübereinkommens ist durch Notenwechsel mit der portugiesischen Regierung bis zum 31. Dezember verlängert worden. — Die deutschen Getreidekreditbanken haben sich in der Zentrale der Deutschen Getreidekreditgesellschaften vereinigt. — In Hamburg wurde gestern abend die Inhaberin eines Süßwaren-Geschäftes ermordet aufgefunden. Die Leiche wies eine Halsschnittwunde und eine schwere Wunde am linken Oberschenkel auf.

Stettin, 7. April. Ein Einbruch wurde am Sonntag nachmittag im Reichsbankgebäude am Roßmarkt in den Tresors, und zwar durch Deckeneinbruch ausgeführt. Die Einbrecher wurden überrascht. Einer der Verbrecher konnte festgenommen werden, während der zweite und Hauptbeteiligte, der Kaufmann Schwantes, entkam. Letzterem sind etwa 14000 Rentenmark in die Hände gefallen.

Warschau, 7. April. Die genaue amtliche Schätzung des Umfanges der Ueberschwemmungskatastrophe hat ergeben, daß in Kongreßpolen 180 Dörfer überschwemmt worden sind.

Bern, 7. April. In einem hiesigen Geschäft wurde ein Deutscher namens Knaug von einem Einbrecher erschossen. Der Täter, ein gewisser Dorn aus Schneidemühl, konnte zunächst unbekannt entfliehen, bei einer offenbar in verbrecherischer Absicht unternommenen Autofahrt in Solothurn aber, nachdem er unterwegs auf den Chauffeur einen Mordanschlag verübt hatte, von Polizeibeamten verfolgt werden. Er wurde gestellt und fand bei dem darauf folgenden Handgemenge den Tod.

Paris, 7. April. Nach einer Havasmeldung aus Mainz erhält Frankreich auf Grund von Abmachungen die der Oberkommissar Tirard in Koblenz mit der chem. Industrie getroffen hat, seit einiger Zeit beträchtliche Mengen Kunstdünger auf Reparationskonto. Außerdem seien in der vergangenen Woche Züge mit Kartoffeln und Rübsamen nach den zerstörten Gebieten Frankreichs abgegangen.

Paris, 7. April. Der Präsident der Republik hat heute vormittag den französischen Geschäftsträger in München, Pozzi, empfangen.

Paris, 7. April. Eine Meldung aus Adana besagt, daß neue Zusammenstöße zwischen Türken und Franzosen an der syrischen Grenze stattfinden. Die Türken griffen die französischen Posten an. Zwei französische Posten wurden getötet. In der Nachbarschaft von Antiochia wurde eine französische Abteilung von Türken angegriffen.

Rom, 7. April. Der Papst empfing heute vormittag Herrn Krupp von Bohlen und Halbach.

Bukarest, 7. April. Das rumänische Königspaar hat gestern seine Auslandsreise nach Paris, London und Bern angetreten.

Moskau, 7. April. Laut amtlicher Meldung ist Trotzki wieder vollkommen hergestellt und wird aus dem Kaukasus nach Moskau zurückkehren, um seine Arbeiten im Kriegsministerium wieder aufzunehmen.

Rio de Janeiro, 7. April. Die Stadt ist gestern von einem ungewöhnlich heftigen Wolkenbruch heimgesucht worden. Innerhalb fünf Stunden stand das Wasser meterhoch in den Straßen. Viele Häuser sind eingestürzt, auch eine große Anzahl Todesopfer hat das Unwetter gefordert.

Vorläufiges Endergebnis in Bayern.

München, 7. April. Um sieben Uhr abends waren aus 150 Bezirken — es stehen noch aus 38 Bezirke — folgende Wahlzahlen bekannt: **Bayerische Volkspartei** 752 898, **Sozialdemokraten** 355 966, **Kommunisten** 179 823, **Völkischer Block** 405 867, **Deutscher Block (Demokraten)** 61 548, **Christlich-Soziale Partei (Reichszentrum)** 18 555, **Nationale Rechte (Deutsch-Nationale und einige Verbände)** 167 150, **Nationalliberale Landespartei** 26 179, **Deutsche Volkspartei** 5087, **Beamtengruppe Kratofiel** 18 106, **Beamtengruppe Rückert** 3839, **Bauern- und Mittelstandspartei** 184 362, **Bayerische Mittelstandspartei** 9292, **USP.** 9841, **Mieterliste** 969, **Republikanische Partei** 278, **Heimattreue Koburger** 680, **Lorenz Stieler** 9857.

Volksentscheid: Mit Ja 986 978, mit Nein 1 012 305.

Von den Städten fehlen beim Wahlergebnis u. a. noch: Hof, Bamberg, Marktredwitz, Fürth, Forchheim.

Schwierigkeit der Regierungsbildung.

München, 7. April. Die „Münchener Zeitung" schreibt, durch den Ausfall der Wahl sei die Mehrheitsbildung im neuen Landtag und damit auch die Regierungsbildung außerordentlich erschwert. Bei den scharfen Gegensätzen zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Völkischen sei eine Kombination zwischen diesen beiden stärksten bürgerlichen Parteien nicht zu denken. — Die „Allgemeine Zeitung" bezeichnet die Wahl als eine Etappe auf dem Wege des bayerischen Volkes zur inneren Gesundung, die nicht immer den kürzesten Weg wähle. — Die „Bayerische Zeitung" meint, daß sich unter den neugewählten Männern hervorragende Größen befänden, lasse sich leider nicht sagen. Die erste Sitzung des ständigen Landtagsausschusses ist einberufen mit der Tagesordnung: „Regierungsvorlage zur Landtagswahl."

München, 8. April. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben zum Wahlausfall im Wesentlichen Folgendes: Die Wahlen standen im Zeichen der Stimmung über den Hitlerprozeß. Stimmungswahlen sind aber nicht geeignet, gesunde Grundlagen für die Regierungsbildung zu schaffen. Von einer geschlossenen, vaterländischen, antisozialistischen Mehrheit sei man weiter entfernt als je. Es sei fraglich, ob der neue Landtag überhaupt aktionsfähig sein werde und eine Regierung zustandekomme.

Berliner Stimmen zum Wahlausgang.

Die Blätter sind sich in ihrem Urteil über den Ausgang der bayerischen Landtagswahlen darin einig, daß die Bayerische Volkspartei vor allem in den Städten durch die Deutschvölkischen schwere Einbußen erlitten hat. Die Schuld an den schweren Verlusten wird von den Blättern der Politik der Bayerischen Volkspartei beigemessen, unter deren Duldung in München die deutschvölkische Bewegung habe groß werden können. Die Sozialdemokraten hätten sich gegenüber allen Erwartungen im Allgemeinen gut behauptet und nur einen Bruchteil ihrer Stimmen an die Kommunisten abgeben müssen. Die Demokraten und die alten Rechtsparteien (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) hätten in noch höherem Maße als die Bayerische Volkspartei zugunsten der Deutschvölkischen Verluste erlitten.

Ausschüsse für die Personalabbauverordnung.

Berlin, 7. April. Nach dem Reichsbesoldungsblatt werden die Ausführungsbestimmungen zur Personalabbauverordnung bekanntgegeben werden. Es sollen Ausschüsse gebildet werden, die über die Ansprüche der Entlassenen oder in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten entscheiden, sofern der Anspruch damit begründet wird, daß der Beamte aus politischen, konfessionellen oder gewerkschaftlichen Gründen abgebaut worden ist. Der Einspruch ist innerhalb einer Frist von 2 Wochen schriftlich bei der Behörde einzureichen, welche die Entlassung erwirkte. Will die oberste Reichsbehörde den Einspruch nicht gestatten, so hat sie vor der Entscheidung den zuständigen Ausschuß anzuhören und darf von seinem Gutachten nur mit Genehmigung der Reichsregierung abweichen. Diese Bestimmungen erstrecken sich auch auf die Fälle, die vor dem Tag der Kündigung der Ausführungsbestimmungen drei Monate zurückliegen.

Vom deutsch-demokratischen Parteitag.

Weimar, 7. April. Der deutsch-demokratische Parteitag nahm einen Antrag an, daß der nationale Gedanke auch weiterhin im Deutschen Reich und Volke gepflegt werde und einen weiteren Antrag, in dem der Reichsparteitag erneut das Gelöbnis der Treue zu den schwer ringenden Volksgenossen an Rhein und Ruhr ablegt und schärfsten Einspruch gegen die Bedrückungsmaßnahmen der Franzosen erhebt. Ferner wurden Entschließungen angenommen, die die Förderung des gewerblichen Mittelstandes verlangen und die Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums fordern. Am Schluß faßt der Parteitag das Ergebnis der Besprechungen in einer Willenskundgebung der deutsch-demokratischen Partei zusammen, in der es u. a. heißt: Wir kämpfen und ringen für Deutschlands Freiheit nach außen und Deutschlands Gleichberechtigung unter den großen Völkern der Welt. Deutschland und die Welt müssen aus den Ketten des Versailler Diktates und aus den Banden der Schuldlüge befreit werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß auch für uns Wahrheit werden. Wir kämpfen für eine vernünftige Regelung der Reparationen, die Deutschland und Europa aus einem 10jährigen Kriegszustand befreien. Wir wollen Erhaltung der Reichseinheit, Demokratie, Republik, staatsbürgerliche Freiheit und Selbstverwaltung. Wir bekämpfen jede Art von Diktatur und Gewaltherrschaft. Diese Kundgebung wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Der Reichskanzler über die Micum-Verträge.

Berlin, 7. April. Der Reichskanzler Dr. Marx gewährte dem Rheinischen Korrespondenten des „Berliner Tageblatt" eine Unterredung, in der das lebenswichtige Problem des besetzten Gebietes erörtert wurde. Auf die Frage, ob es den Tatsachen entspreche, daß der deutsche Botschafter von Hoesch bei dem Ministerpräsidenten Poincare um einmonatige Verlängerung der Micumverträge nachgesucht habe, wie der „Matin" berichtet hatte, erwiderte der Reichskanzler: „Diese Meldung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Wir haben um keine Verlängerung der Micumverträge nachgesucht, da die Reichsregierung und die gesamten Großindustriellen sowie die wirtschaftlichen Sachverständigen die Micumverträge wirtschaftlich nicht für tragbar halten, und auch die Arbeiterschaft die Weiterarbeit im Rahmen dieser Verträge abgelehnt hat. Da in letzter Zeit in der französischen Presse wiederholt davon die Rede war, daß Frankreich zu Sanktionen schreiten würde, falls wir einer Verlängerung der Micumverträge nicht zustimmen würden, war der deutsche Botschafter von Hoesch beauftragt worden, bei der französischen Regierung zu sondieren, ob irgendwelche derartige Maßnahmen bevorstünden. Hierüber schweben Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen sind. Es wird von deren Ergebnis abhängen, ob die Ruhrindustrie zu einem neuen Abkommen mit der Micum gelangt."

Am Schlusse der Unterredung kam der Kanzler auch auf den Wortlaut der Sachverständigenberichte zu sprechen. Er ließ durchblicken, daß man sich keinen Illusionen hingeben solle. Es würden wahrscheinlich sehr schwere Forderungen an die deutsche Leistungsfähigkeit gestellt werden. Es habe den Anschein, als ob man die deutsche Leistungsfähigkeit weit überschätze. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit würde ja der Reparationsausschuß sprechen.

Zu den zahlreichen Verhaftungen von Deutschen in Essen durch die französische Besatzungsbehörde wegen nationalistischer Umtriebe äußerte der Reichskanzler: „Ich habe diese Nachricht erst auf meiner Reise empfangen. Der deutschen Regierung ist jedenfalls von einem Bestehen von Geheimorganisationen im besetzten Gebiet nichts bekannt."

Quertreibereien Poincares.

Berlin, 7. April. Der negative Ausgang der Besprechung des deutschen Botschafters von Hoesch mit Poincare, aber auch viele andere Anzeichen der letzten Tage, deuten darauf hin, daß die französische Regierung eine Einigung in der Frage der Micumverträge zu hintertreiben sucht. Man muß mit Bedauern feststellen, daß Poincare auf diese Art offenbar wieder eine Verfehlung Deutschlands konstruieren möchte. Man will in Paris den Eindruck erwecken, als ob bei Ergebnislosigkeit der Verhandlungen, die wieder morgen mit der deutschen Industrie aufgenommen werden, Deutschland die Schuld trifft. Man wird vielleicht sogar so weit gehen, von einer Wiederaufnahme des passiven Widerstands zu sprechen, um Deutschlands Verhandlungsbereitschaft zu diskreditieren. Dabei handelt es sich bei den Micumverträgen um rein private Abmachungen, an denen die deutsche Regierung direkt nicht beteiligt ist, so daß von dem Bruch eines Vertrages gar nicht die Rede sein kann.

Entgegen der Behauptungen der Pariser Presse steht, wie wir versichern können, die Industrie einmütig auf dem Standpunkt, daß eine Verlängerung der Verträge auf der bisherigen Grundlage unannehmbar ist. Es gibt bei den in Frage stehenden Wirtschaftsgruppen nur etwa 10 bis 15 Prozent, denen aus besonderen Gründen eine Verlängerung sympathisch wäre. Die ganze Politik läuft letzten Endes darauf hinaus, durch verstärkte Repressalien das nationale Empfinden in Deutschland derart zu verletzen, daß eine stark nach rechts neigende Mehrheit das Ergebnis der deutschen Wahlen sein solle. Aus einer solchen Radikalisierung hofft dann Poincare wiederum die Vorteile für seine eigene Wahlpolitik zu ziehen.

Französische Verdrehungstaktik.

Berlin, 7. April. In welch gewissenloser Weise die nationalistischen Pariser Blätter die Reden der deutschen Reichsminister für ihre Zwecke entstellen, ist in der letzten Zeit wiederholt dargetan worden. Ein besonders krasses Beispiel für diese Methode ist der Bericht des Pariser „Eclaire" über die Rede des Außenministers Dr. Stresemann in Kiel. Dieses Blatt hat der Rede folgende Schlagzeilen vorangestellt: „Die Franzosen haben alle Erklärungen unmöglich gemacht, das Spiel des passiven Widerstandes soll wieder beginnen". Tatsächlich hat Stresemann folgendes ausgeführt: Wir müssen uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß die Unmöglichkeit von Leistungen seitens Deutschlands, die der französische Ministerpräsident selbst früher anerkannt hat, jetzt zum Ausgangspunkt einer neuen Konstruktion des passiven Widerstandes gemacht wird. Unter dem Vorwand, daß der passive Widerstand noch andauere, wäre im vorigen Herbst jede verständige Aussprache über das Reparationsproblem zwischen Frankreich und Deutschland von französischer Seite vereitelt worden. Soll jetzt, wo die Gutachten der Sachverständigen die große Diskussion über die Endlösung der Reparationsfrage in die Wege leiteten, das alte Spiel wieder beginnen? — Der Sinn der Ausführungen Stresemanns ist demnach genau in sein Gegenteil verkehrt worden.

Parteitag der Republikanischen Partei.

Berlin, 7. April. Die neugegründete Republikanische Partei Deutschlands trat am Sonntag zu ihrem ersten Parteitag zusammen. Neben den Berliner Delegierten waren zugleich die Vertreter der Ortsgruppen aus allen Teilen des Reiches erschienen. Dem Parteitag ging am Samstag eine Sitzung des Parteiausschusses voraus, in der der Universitätsprofessor Westphal über die bisherige Tätigkeit der Parteileitung berichtete. Der Parteitag am Sonntag wurde eingeleitet durch ein Referat des Oberregierungsrats a. D. Dr. Hans Simon über die deutsche Außenpolitik. Darauf faßte der Parteitag einstimmig eine Entschließung zur politischen Lage, in der es heißt: Die Republikanische Partei Deutschlands wehrt sich gegen den Mißbrauch der politischen Parteien für die wirtschaftlichen Interessen. Sie sieht in der Niederlage ein nationales Schicksal, das anzuerkennen und zu würdigen tapferer ist, als es zu leugnen und auf andere abzuwälzen. Die RPD. tritt für Reparationsleistungen ein, deren Maß durch endgültige Abmachungen mit den Alliierten festgestellt sein muß. Für die Freiheit der deutschen Brüder und deutschen Bodens ist die gesamte Kraft der deutschen Wirtschaft einzusetzen. Prof. Westphal teilte sodann aus einem Briefwechsel mit Fritz von Unruh mit, daß dieser die Uebernahme der Spitzenkandidatur auf der Reichsliste der RPD. habe ablehnen müssen, da er im kommenden Jahre seine Trilogie vollenden wolle, die der Neu- und Umgestaltung der Menschen gewidmet sei. Es wurde beschlossen, an die Spitze der Reichsliste nunmehr den Redakteur Vetter zu stellen. Mit der Vorstandswahl fand der Parteitag seinen Abschluß.

Die deutsche Außenhandelsbilanz

für den Monat Februar zeigt eine sehr starke Steigerung der Einfuhr und nur eine verhältnismäßig geringe Zunahme der Ausfuhr. Die im folgenden mitgeteilten Ziffern geben insofern nicht eine einwandfreie Uebersicht, als bei der Berechnung dieselben Fehlerquellen bestanden, wie in den Vormonaten, zumal die Verhältnisse im besetzten Gebiet sich nicht geändert haben. Die Einfuhr belief sich auf den Betrag von 718 597 000 Goldmark (im Januar 568 162 000 Goldmark), die Ausfuhr auf 466 339 000 Goldmark (Januar 431 091 000 Goldmark). Es ergibt sich also im Ganzen eine Passivität von 252 000 000 Goldmark, die durch Gewährung ausländischer Kredite und den Rückfluß deutscher Auslandsguthaben ausgeglichen worden sein muß. Bei den einzelnen Posten der Bilanz weist die Position „Rohstoffe" die verhältnismäßig größte Steigerung auf. Besonders fällt die Zunahme der Einfuhr von Textilrohstoffen und Rohtabak auf, die wohl mit der Konjunkturbelebung in der verarbeitenden Industrie zusammenhängt. Die Warengruppe „Lebensmittel und Getränke" zeigt einen Rückgang. Besonders hat sich der Import der Waren des Massenverbrauches wie Brotgetreide vermindert, indessen bei Mehl eine weitere Einfuhrsteigerung gezeigt. Auf der Ausfuhrseite zeigt die letztgenannte Gruppe eine beträchtliche Zunahme, was in der Hauptsache auf eine vermehrte Zuckerausfuhr zurückzuführen ist.

Von den italienischen Wahlen.

Rom, 7. April. Nach einer Havas-Meldung wird bestätigt, daß bei den gestrigen Kammerwahlen eine außerordentlich starke Beteiligung seitens der Wähler zu verzeichnen war. Die nationale Liste der Regierung steht mit einer überwiegenden Mehrheit an der Spitze. Für Genua sind die endgültigen Wahlergebnisse folgende: eingeschriebene Wähler 96 043, abgegebene Stimmen 54 713, Liste der Regierungspartei 34 576, Einheitsliste der Sozialdemokraten 11 649, Republikaner 686, Volkspartei 4734, Bauernpartei 160, Liberale 3709, Kommunisten 2096, Marinalisten 1277.

Von den italienischen Kammerwahlen sind bisher die Ergebnisse von zwei Dritteln der Wahlbezirke bekannt. In 54 Provinzen erhielt die Liste der Faszisten mit 1 341 856 Stimmen die Mehrheit. Es erhielt die Volkspartei 242 973, Vereinigte Sozialisten 160 442, Nationalisten 160 000, Kommunisten 87 400, Republikaner 40 000 Stimmen. Die Faszisten erhielten mehr als 50 Prozent der Stimmen. An zweiter Stelle kommt die Volkspartei. Der frühere Ministerpräsident Bonomi soll in der Provinz Mantua wiedergewählt worden sein. Das Wahlresultat in Mailand bedeutet für die Faszisten eine etwas unangenehme Ueberraschung. Sie sind freilich mit 58 000 Stimmen durchgedrungen, es stehen aber 90 000 Stimmen der Oppositionsparteien gegenüber. Man glaubt, daß sich bei der Opposition viele Wähler befunden haben, die sich öffentlich als Faszisten ausgaben. Von den 90 000 Stimmen der Opposition entfallen allein rund 50 000 Stimmen auf Einheitssozialisten und Kommunisten. Die Mailänder Faszisten erhielten nur infolge des neuen komplizierten, ganz für die Faszisten zugeschnittenen Wahlsystems die Mehrheit. Da mehr als 25 Prozent der Stimmen auf sie entfallen, gelten die faszistischen Kandidaten als gewählt. Aus dem Wahlergebnis in Mailand dürfen allerdings keine Schlüsse auf die übrigen Teile des Landes gezogen werden. In Bologna, wo das Bollwerk der Sozialdemokraten war, sind die Faszisten mit erdrückender Mehrheit gewählt worden. In Rom betrug die Wahlbeteiligung 50 Prozent gegen 31 Prozent bei der vorhergehenden Kammerwahl. In Bozen wurde der Oberbürgermeister infolge eines Zwischenfalles leicht verletzt.

Der „Temps" zur Kieler Rede Stresemanns.

Paris, 7. April. Der „Temps" schreibt in seinem Leitartikel zu der gestrigen Rede des deutschen Außenministers Dr. Stresemann in Kiel, bekanntlich habe der deutsche Botschafter in seiner Unterredung mit Poincare den Auftrag gehabt, Vorverhandlungen zwischen den beiden Regierungen über die Micumverträge einzuleiten oder vorzuschlagen. Der französische Ministerpräsident, der auf dem Standpunkt stehe, daß über die Regelung der Verträge unmittelbar zwischen den deutschen Industriellen und der Micum verhandelt werden müsse, habe eine Auseinandersetzung zwischen Berlin und Paris abgelehnt. Es handle sich jetzt nur noch darum, die Verhandlungen abzuwarten, zu denen es im Ruhrgebiet kommen wird. Habe Strese-

Warum weinen kleine Kinder? Hundertmal legen sich besorgte Mütter diese Frage vor. Sie haben nichts versäumt an Sorgfalt und Pflege — das Kindl ist gebadet, hat genug getrunken — warum weint es immer wieder? Nicht selten ist die Frage einfach zu beantworten: Das Kind ist mit einer etwas scharfen Seife gebadet worden — der kleine Körper ist empfindlich — die Nachwirkungen bleiben nicht aus. Willkommen wird es also jeder Mutter sein, zu erfahren, daß die „Steckenpferd-Buttermilch-Seife" von Bergmann u. Co., Radebeul, in ihrer äußerst milden Zusammensetzung als Kinderseife außerordentlich geeignet ist.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nahm etwa dadurch, daß er noch vorher die Debatte in eine Wahlversammlung getragen habe, die deutschen Industriellen beeinflussen oder habe er auf die französische Regierung einwirken wollen in der Hoffnung, daß Frankreich seinen Entschluß rückgängig mache und sich doch noch zu Verhandlungen mit Berlin bereit finde? Wie dem auch sei, Stresemann habe sich eines Argumentes bedient, das ihm die Verhandlungen erleichtern werde, indem er erklärt habe, daß die englischen Großbanken den deutschen Industriellen allen Kredit verweigerten, solange die Micumverträge beständen. Dies werde nur erklärlich, wenn man annehme, daß keiner von den Krediten, die den deutschen Banken zur Verfügung gestellt würden, direkt oder indirekt, d. h. durch Vermittlung der neuen Golddiskontbank zu Gunsten der deutschen Unternehmer verwendet werden dürften, die sich zur Verlängerung der Micumverträge bereit erklären würden. Das wäre ein regelrechter Boykott. Der „Temps" geht sogar noch weiter in seinen Auslegungen der Stresemannschen Erklärungen, die nach ihm bedeuten würden, daß nicht nur die größten Kreditinstitute, sondern auch die Bank von England hätten wissen lassen, Deutschland würde die für die Kreditbank erforderlichen Kredite nicht erhalten, wenn die Ruhrindustrie nicht in den Stand gesetzt würde, die mit den französisch-belgischen Behörden abgeschlossenen Verträge noch länger auszuführen. Wenn sich Stresemann in seiner gestrigen Rede nicht getäuscht habe, so hätten also die englischen Banken genau das Gegenteil von dem getan, was man hätte wünschen können. Sie gäben ihre Kredite unter der Bedingung, daß Deutschland den passiven Widerstand im Ruhrgebiet wieder aufnehme. Das wäre ein wenig stark und man begreife, daß die französische Oeffentlichkeit das Bedürfnis nach Aufklärung habe. Sollte London dementieren, so wird es dadurch die Verlängerung der Micumverträge erleichtern. Käme aber kein Dementi, so werde es fraglich sein, ob Deutschland Anlaß habe, sich dazu zu beglückwünschen.

Ueberreichung der Sachverständigengutachten am Mittwoch.

Paris, 7. April. Im Hotel Astoria, dem Sitz der Reparationskommission, wurde heute um 1 Uhr nachmittags offiziell mitgeteilt, daß die Ueberreichung der Sachverständigenberichte an die Reparationskommission bestimmt Mittwoch vormittag erfolgen werde. Der erste Sachverständigenausschuß tagte heute, vor- und nachmittags. Eine neue Sitzung ist für morgen vormittag angesagt. Die Revision des französischen und englischen Wortlauts des Schlußberichts konnte heute noch nicht beendet werden. Dem heutigen Leitartikel des „Temps" konnte man aber entnehmen, daß die Franzosen noch in letzter Stunde einige Aenderungen durchsetzten, denn das Blatt schreibt, daß die Sachverständigen alle überflüssigen und zweideutigen Dinge aus ihren Berichten ausgeschaltet hätten.

Es sind bereits alle Vorkehrungen getroffen, damit die Berichte der Sachverständigen so rasch wie möglich nach London, Brüssel, Rom und Washington befördert werden. Ob der Bericht auch der Reichsregierung sofort zugehen wird, steht einstweilen noch nicht fest.

Eine Niederlage der Regierung Macdonalds.

London, 7. April. Nach vorausgegangener Debatte über die Mietzinssteuerentwürfe hat die Regierung bei der Abstimmung eine Niederlage erlitten.

London, 8. April. Macdonald teilte gestern mit, daß die Regierung infolge ihrer Niederlage bei der 2. Abstimmung über die Mietzinsfrage nicht demissioniere, sondern die Frage von Neuem in Bearbeitung nehmen werde.

Achtung!

Wirte und Wiederverkäufer!

Neu eingetroffen ein großer Posten **rein orientalischer**

Cigaretten,

goldgelbe Mischung, Preis pro 1 Mille von Goldmark **24.—** an aufwärts. Ferner offeriere ich zu den allerbilligsten Engrospreisen:

Landfried „Drei Engel"
in 100 Gramm-Packung, Kleinverk. **—.45,**

Schürer, Wohlriechender Schäg
(Cigarettentabak)
in 50 Gramm-Packung, Kleinverk. **—.40,**

Kautabak, Grimm & Triepel,
in Rollen und Hufeisen, Kleinverk. **—.15.**

Ganz besonders möchte ich auf meine reifen und garantiert rein überseeischen

Cigarren-Sortiments

aufmerksam machen. Muster werden auf Wunsch von meinen Vertretern oder von mir selbst gerne vorgelegt. Der Versand erfolgt Porto und Verpackung frei. Conditionen lauten:

Ziel 14 Tage rein netto.

Richard Bertsch,
Tabakwaren-Großhandlung,
Arnbach/Neuenbürg,
Telefon 4.

E. Epstein, Pforzheim,
Grosse Gerberstr. 5
empfiehlt
Anzüge, Hosen, Sport-Hosen, Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel,
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Feldrennach, den 7. April 1924.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem so schweren Verluste unseres dahingeschiedenen Vaters

August Großmann, Waldhüter,

sowie für die vielen Besuche während seiner schweren Krankheit sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus. Herzlichen Dank auch dem Herrn Geistlichen für seine trostreichen Worte und dem Hrn. Ortsvorsteher für seinen so warmen Nachruf am Grabe, insbesondere auch dem Gesangverein und Leichenchor und deren Leitung für den erhebenden Gesang, dem Gemeinderat und Kirchengemeinderat für das Geleite, sowie für die zahlreichen Kranzspenden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelmine Großmann mit Kindern.

Ständiges Inserieren führt zum Erfolg!

Forstamt Herrenalb.

Wegsperre.

Das **Enachtalsträßchen** im Forstbezirk (von der Enachmühle bis an die bad. Grenze) ist bis auf weiteres

geöffnet.

Pfannkuch & Co

Most-Rosinen

5 Pfund **2.10**
50 Pfund **20.-**
100 Pfund **38.-**

Pfannkuch & Co

350–400 Mark

gegen gute Sicherheit und hohem Zins gesucht.
Angebote an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Conweiler.
Eine 39 Wochen trächtige

Schaff-Kalbin,

sowie eine 34 Wochen trächtige gute

Nutz- und Fahrkuh

setzt dem Verkauf aus
H. Kappler.

Pfannkuch & Co

Zum

Frühjahrs-Putz:

Ia. Kernseife
ca. 200 Gramm-Stück
20 Pfg.

Schmier-Seife
Pfund **45** Pfennig.

Seifensand
Metallputz

Pfannkuch & Co

Neuenbürg.
Hilfsarbeiter
und
Hilfsarbeiterinnen
gesucht.
Friedrich Waldbauer,
Bügeleisenfabrik.

Ital. Hühner

ca. 3 Mt. alte Mk. **2.50** ausgew. 23er Brut am Legen Mk. **5.—**, Truthennen Mk. **18.—**, Perlhühner Mk. **8.—** liefert
J. Mohr jr., Geflügelhof, **Ulm a. D.**

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

7. April 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe . . .	4,2	4,2
3½% Dt. Reichsanl.	0,975	0,995
4½% „ „	0,510	0,525
5½% „ „	0,097	0,105
3½%% Württ. Staatsanleihe .	0,545	—
4½% W. Staatsanl.	0,420	—
5½% Südd. Festwerthank Obl.	1,2	1,2
5½% Badische Kohlenanleihe .	9½	9½
5½% Neckar-Goldanleihe . .	2	2
Dtsch. Bank Akt.	9½	10½
Disconto-Command. Ant.	11	11½
Reichsbank Ant.	24	29
Rhein. Creditbank Akt. . . .	2½	3
Württ. Vereinsbank Akt. . . .	3	3½
Hapag Akt. . . .	25	26,5
Nordd. Lloyd Akt.	5,7	6,2
Allg. Lokalb. Akt.	—	29
Elekt. Hochb. Akt.	38½	42
A.E.G. Akt. . . .	9½	10½
Bad. Anilin Akt.	15½	16,7
Benz Akt.	5½	5½
Buderus Akt. . .	15	16½
Charlottenburger Wasser Akt. . .	19½	23
Daiml. Mot. Akt.	4	4,7
Gaggenau Eisen Akt. . .	5	5,1
Germania Linoleum Akt.	10½	10,75
Harp. Bergb. Akt.	58	62½
Höchst. Farb. Akt.	12½	13½
Junghans Akt. .	9,8	10½
Köln-Rottw. Akt.	5½	8½
Kollmar & Jourdan Akt. . . .	24½	—
Körting Gebr. Akt.	8½	9
Laurahütte Akt. .	10½	12,7
Magirus Akt. . .	4,1	2½
Mansfeld Akt. .	8½	9½
N.S.U. Akt. . . .	5	6
Neckarwerke Akt.	6½	6,6
Ind. Sichel Akt. .	8½	9½
Salz. Heilbr. Akt.	72	—
Stuttg. Zuck. Akt.	4,25	4,4
Württ. Elekt. Akt.	6	—
Zellstoff Waldhof Akt. .	9½	11½

Sonder-Angebot!

Offeriere für **Wirte und Wiederverkäufer** solange Vorrat reicht einen großen Posten

Cigarren,

mit Sumatra und Vorstenlanden gedeckt, pro Mille **Goldmark 45.—**, ferner einen feinen

Kippentabak (Virginia),

ähnlich wie Landfried „Drei Engel", pro 1 Pfund **Goldmark 1.40**, bezw. 100 Gr. —.35 Kleinverk.

Versand erfolgt Porto und Verpackung frei, Ziel 14 Tage rein netto.

Richard Bertsch,
Tabakwaren-Großhandlung,
Arnbach/Neuenbürg,
Telefon 4.

KOSTENLOSE REISE NACH AMERIKA

Wenn Sie Verwandte und Bekannte in Nord- oder Südamerika besuchen wollen, die die Überfahrt bezahlen können, dann teilen Sie uns deren genaue Adresse mit.

Wir werden uns mit diesen ohne Kosten für Sie in Verbindung setzen und dahin streben, Ihnen Überfahrt, sowie das sonst erforderliche Reisegeld zu beschaffen.

Fachmännischen Rat über alle einschlägigen Fragen erteilen wir Ihnen ebenfalls kostenlos.

WILDBAD, Chr. Schmid & Sohn,
König-Karl-Strasse 68.

Mit Mairol gedüngte Topfpflanzen werden prachtvoll. — Dose 50 Pfennig.
Gärtnerei Graubner und Wilhelm Pfeiss, Neuenbürg.

Calmbach.
Empfehle mich in der
Nähmaschinen-Reparatur,
sowie mein **Lager in neuen Näh-Maschinen** aller Systeme, sowie **Ersatzteile.**
W. Haug.

Verkaufe langhaarige, fuchsrote

Dachshündin

nur in gute Hände und ein (mittel) eichenes

Stehpult.

Schulhaus Rotensol.

Unterniebelsbach.
Zu verkaufen
ein **schwarzer Herd**, sowie ein **Kochofen**, beide gut erhalten.
Frau **Mitschele.**

Blütchen
Mitesser, Pusteln, sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten und Hautausschläge verschwinden beim täglichen Gebrauch der echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul
Zu hab. i. d. Apoth., Drog. u. Parfüm.
Carl Hahler, Seifenfabrik.